



Forum
Gewerkschaften

Beiträge u.a. von

Brigitte Schulz, Judith Dellheim,
Lutz Brangsch, Hasko Hüning,
Bernhard Sander, Klaus Dörre,
Heinz Bierbaum, Friedrich
Steinfeld, Thomas Jaitner

Zeiten- wende



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.de.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion
zwischen den monatlichen
Printausgaben im Netz auf
www.Sozialismus.de

Die Kommunalwahl in den Niederlanden

Die Wahlen zu den Gemeinderäten fanden unter ökonomisch vorteilhaften Rahmenbedingungen statt. Die Regierung Rutte IV aus Rechtsliberalen (VVD), Linksliberalen (D 66), Christdemokraten (CDA) und Calvinisten (CU) war im Januar gerade erst vereidigt worden und sollte einen Neuanfang darstellen.

Lafontaine bricht mit der Linkspartei

17 Jahre nach seinem Austritt aus der deutschen Sozialdemokratie im Jahr 2005 hat Oskar Lafontaine jetzt auch der Linkspartei den Rücken gekehrt. Auch wenn dieser Schritt des Vollblutpolitikers bundesweit Schlagzeilen macht, kommt er nicht ganz überraschend.

Die Volksrepublik China vor Herausforderungen

In Beijings Großer Halle des Volkes berät der Nationale Volkskongress mit 3.000 Delegierten eine Woche lang über die zukünftige Entwicklung des Landes, und lobt sich nebenbei für die Errungenschaften des Landes.

Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonnent:innen und
Leser:innen das konkret machen
könnten, steht ebenfalls unter
www.Sozialismus.de

Der Ukraine-Krieg

Hasko Hüning: Globale Umbrüche in Zeiten neuer Kriege. Klaus von Dohnanyis Plädoyer für eine neue sicherheitspolitische Konstellation in Europa 2

Joachim Bischoff: Der Überfall Russlands, der Wirtschaftskrieg und die Zeitenwende 7

Friedrich Steinfeld: Der Krieg ist zurück in Europa Putins brutaler Angriffskrieg und massiver Kontrollverlust des Westens 11

Die Zukunft des Sozialismus und der Linken

Klaus Dörre: Das Zeitfenster schließt sich! Krieg, Exterminismus und die Utopie des Sozialismus 16

Heinz Bierbaum : Lage und Perspektiven der Linken in Europa 24

Politisches Kräfteressen

Bernhard Sander: NRW-Landtagswahl Selbsternannte Game-Changer vor alten Problemen 29

Auf dem Weg zu einer neuen Weltordnung

Brigitte Schulz: Die Präsidentschaft Joe Bidens und die (un)Vereinigten Staaten von Amerika 35

Thomas Jaitner: Heißer Februar in Spanien. Die Probleme der linken Regierung und die Wahlerfolge der rechtsradikalen VOX 40

Heinz Bierbaum: Eindrücke aus Kuba 45

Forum Gewerkschaften

Peter Schadt/Hans Zobel: Teslas Gigafactory Ein Lehrstück über den grünen Kapitalismus 47

Otto König: Friedenspolitischer Kurswechsel. DGB rückt von friedenspolitischen Positionen ab und stützt Rüstungskurs der Berliner Ampel-Koalition 50

Richard Detje: Warum gehören Gewerkschaften nicht zu den Gewinnern der Pandemie? 53

Jens Becker: »Handelnde und gestaltende Kraft« Zum 50. Todestag von Otto Brenner 59

Rückblicke | Buchbesprechung

Judith Dellheim/Lutz Brangsch: Ein »progressiver innerer Entwicklungsprozess« Zum Tod des NÖS-Vordenkers Herbert Wolf (3.5.1925 – 12.1.2022) 62

Erhard Korn: Das 228-Massaker in Taiwan Vor 75 Jahren wurde ein Aufstand mit 30.000 Opfern niedergeschlagen 66

Impressum | Termine | Film

Impressum 67

Tipps zum Hingehen oder Online 68

Gerd Siebecke: Rabiye Kurnaz gegen George W. Bush (Filmkritik) 69

Lage und Perspektiven der Linken in Europa

von ■ Heinz Bierbaum



Foto: The Left (CC BY-NC-SA 2.0)

Die Lage der Linken in Europa ist sehr unterschiedlich. Deutlich wird dies an den jüngsten Wahlen in Deutschland und Dänemark. Während die deutsche LINKE bei den Bundestagswahlen eine schwere Niederlage erlitt, die 5%-Hürde knapp verfehlte und nur dank dreier gewonnener Direktmandate in den Bundestag einzog, triumphierte die dänische Red Green Alliance bei den Kommunalwahlen, konnte die Zahl ihrer Mandate überall erhöhen und wurde in Kopenhagen mit 24,6% stärkste Partei.

Einen recht guten Überblick über die Lage und Entwicklung der linken Parteien in Europa gibt das von Cornelia Hildebrandt u. a. herausgegebene Buch »Left Diversity zwischen Tradition und Zukunft«.¹ In dem Band werden die Parteien der »radikalen Linken« im Hinblick auf ideologische, programmatische und organisatorische Entwicklung in 29 Ländern Europas dargestellt. Unter »radikaler Linke« werden Parteien und Organisationen verstanden, die links von der Sozialdemokratie sind, sich von den Grünen unterscheiden und eine grundlegende Transformation der kapitalistischen Gesellschaft anstreben und sich dabei überwiegend auf den Sozialismus als Alternative beziehen.

Das dabei vermittelte Bild ist sehr heterogen. Insgesamt sind die linken Parteien in Europa relativ schwach und kommen in der Regel nicht über 10% bei den Wahlen hinaus. Ausnahmen sind Syriza in Griechenland und AKEL in Zypern mit Resultaten deutlich über 20%. Auch Podemos in Spanien und France Insoumise in Frankreich hatten zu Beginn größere Wahlerfolge, ha-

ben aber inzwischen wieder deutlich in der Wähler*innengunst verloren. Einzig die belgische Partei der Arbeit (PTB) scheint auf dem Weg zu sein, aus dem Zehn-Prozent-Getto auszubrechen. Sie hat einen erstaunlichen Wandel von einer ehemals maoistischen Organisation zu einer in der Arbeiterklasse verankerten Partei der Arbeit durchgemacht und ist zum politischen Repräsentanten der sozial Benachteiligten geworden.

Die linken Parteien in Skandinavien (Dänemark, Schweden und Finnland) erscheinen mit ihrer linksgrünen Ausrichtung recht stabil zu sein. Lange Zeit galt das auch für die deutsche LINKE, wovon nach den jüngsten Entwicklungen jedoch nicht mehr die Rede sein kann. In Südeuropa ist die Linke zum Teil stark fragmentiert. Dies gilt besonders für Italien, wo die Linke parteipolitisch am Ende ist und bei den Wahlen praktisch keine Rolle mehr spielt. Dies gilt aber auch für Frankreich, wo der Versuch einer Vereinigten Linken (Front de Gauche) gescheitert ist und die Parteien der Linken wie PCF und France Insoumise (FI – praktisch Nachfolgerin der Parti de Gauche), die trotzkistischen Strömungen NPA und Lutte Ouvrière wie auch kleinere Organisationen wie Ensemble nicht zusammenfinden. Ausdruck davon ist auch, dass bei den jetzt anstehenden Präsidentschaftswahlen PCF und FI mit jeweils eigenen Kandidaten antreten.

Zum Teil sind neue Parteien entstanden. So hat in Spanien die Entstehung von Podemos als politischer Repräsentant der sozialen Bewegung der Indignados die politische Landschaft erheb-

lich durcheinandergewirbelt. Izquierda Unida als eine über die kommunistische Partei Spaniens hinausgehende übergreifende Organisation der Linken hat an Bedeutung verloren, gleichzeitig haben sich jedoch mit Unidas Podemos neue Formen der politischen Zusammenarbeit der Linken entwickelt. Und gegenwärtig versucht man unter der Führung der charismatischen Yolanda Diaz, die in der spanischen Regierung das Arbeitsministerium innehat, eine neue breitere politische Plattform zu gründen.

In Griechenland haben sich im Zusammenhang mit der Kritik an der Regierungspolitik Syrizas mit LAE (Volkseinheit) und Varoufakis' MeRa25 neue Parteien herausgebildet, wobei jedoch die Konkurrenz der beiden großen linken Parteien Syriza und die KKE (Kommunistische Partei) dominant bleibt. Auch in Portugal ist die Linke gespalten, und ist die Konkurrenz zwischen dem Linksblock und der Kommunistischen Partei prägend. Nachdem auf sie lange Zeit zusammen fast ein Fünftel der Stimmen entfielen, haben beide Parteien bei den jüngsten Wahlen und dabei besonders der Bloco deutlich eingebüßt. Großbritannien stellt aufgrund der Dominanz der Labour Party mit ihrer engen Verbindung zu den Gewerkschaften und auch wegen des Wahlrechts einen Sonderfall dar. Zwar gibt es mit Left Unity eine kleine linke Partei, deren politischer Einfluss jedoch sehr begrenzt ist.

Festzustellen ist, dass kommunistische Parteien zum Teil massiv an Bedeutung verlieren und neueren, eher linkssozialistischen oder linksgrünen Parteien die führende Rolle in der Linken überlassen mussten. Dies gilt auch für nach wie vor relativ große kommunistische Parteien wie die griechische KKE oder die portugiesische KP, die sich stark auf die traditionelle Arbeiterklasse beziehen, aber weiterhin politischen Einfluss haben. Auch in Frankreich verliert die KP zunehmend, bleibt aber ein wichtiger Faktor in der Linken. In Finnland hat die kommunistische Partei kaum noch Erfolge bei den Wahlen. Zum Teil haben sich aber auch die kommunistischen Parteien stark verändert. Beispiel dafür ist die KPÖ, die kommunistische Partei Österreichs, die sich als erneuerte Linkspartei versteht. In vielen Ländern Europas sind die kommunistischen Parteien zu Kleinstparteien mit verschwindend geringem politischem Einfluss geworden.

Außerordentlich prekär ist die Situation der Linken in Osteuropa. Hier sind selbst nach 30 Jahren die verheerenden Folgen des zusammengebrochenen Staatssozialismus immer noch spürbar, infolge derer linke oder gar kommunistische Bestrebungen diskreditiert sind. Dort, wo sich die ehemals dominante kommunistische Partei wie in der Tschechischen Republik noch einigermaßen gehalten hat, ist sie inzwischen im Niedergang. Erfolgversprechende linke Ansätze ergeben sich kaum aus bisherigen Parteien, sondern sind das Ergebnis von unbelasteten, meist jugendlich und studentisch geprägten Initiativen. Zu verweisen ist insbesondere auf Levica in Slowenien, die stabilste und auch erfolgreichste Struktur der »Neuen Linken«, auf Možemo! in Kroatien mit starker grüner Ausrichtung und auch auf Razem in Polen mit allerdings noch sehr begrenztem politischem Einfluss.

Strategische Eckpunkte

Für die Lage und Entwicklung der Linken in Europa sind einige strategische Eckpunkte zentral. Wie auch aus der Übersicht über die radikale Linke hervorgeht, zählen dazu der Stellenwert der

Ökologie in Programmatik und Praxis der linken Parteien, die Einbeziehung kultureller und ziviler Rechte und dabei besonders LGBTQ, das Verhältnis zur Sozialdemokratie und die Frage der Regierungsbeteiligung. Aber auch die Außenpolitik und damit das Engagement für Frieden und Abrüstung zählt zu den strategischen Eckpunkten.

Das Verhältnis von sozialer ökonomischer Politik und Ökologie ist praktisch für das gesamte Spektrum der Linken von wesentlicher Bedeutung. Dies gilt insbesondere für die skandinavische Linke, aber auch für die Initiativen einer neuen Linken in Osteuropa. Allerdings ergibt sich hier das Problem der Konkurrenz mit den Grünen. Die entscheidende Frage für die radikale Linke ist, inwieweit die neuen ökologischen Herausforderungen mit der eher traditionellen Ausrichtung auf soziale Fragen verbunden werden können. Auch wenn der Stellenwert der Ökologie in der Politik der Linken unterschiedlich bewertet wird, so steht doch außer Frage, dass die ökologischen Fragen, wie sie insbesondere im Klimawandel zum Ausdruck kommen, von der Linken aufgegriffen und Antworten entwickelt werden müssen. Darauf komme ich weiter unten zurück.

Eine bedeutende Rolle kommt dem Feminismus zu. Dies betrifft praktisch alle linken Parteien, doch ist die feministische Ausrichtung unterschiedlich ausgeprägt. Besonders großen Einfluss hat sie in Spanien, aber auch in Schweden. Sehr unterschiedlich und zum Teil auch sehr kontrovers ist die Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Elemente in die politische Strategie der Linken. Es geht um die Berücksichtigung und den Stellenwert von oft diskriminierten gesellschaftlichen Gruppen. Dazu zählen insbesondere Migrant*innen, Roma, aber auch LGBTQ. In diesem Zusammenhang kommt dem Kampf gegen Rassismus und gegen Nationalismus eine wichtige Rolle zu. Dabei ist nicht kontrovers, dass sich die Linke für gleiche Rechte engagieren muss. Kontrovers ist der Stellenwert im Rahmen der strategischen Ausrichtung der Parteien. Die Kontroverse um die sogenannte Identitätspolitik betrifft die Linke in ganz Europa. Dabei bemühen sich die meisten Parteien, Identitätsfragen und soziale Fragen, insbesondere die Interessen der Arbeiterklasse, nicht als Gegensätze zu fassen, sondern sie zu integrieren. Freilich gelingt dies nicht immer.

Ein zunehmend wichtiger werdendes strategisches Problem ist das Verhältnis der radikalen Linken zur Sozialdemokratie. Nachdem lange Zeit die Sozialdemokratie sich im Niedergang befand und mit der Übernahme neoliberaler Positionen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik für linke Politik ausfiel und damit nahezu eine Leerstelle darstellte, hat sich dies inzwischen geändert. Exemplarisch dafür ist die Entwicklung in Deutschland. Die Partei DIE LINKE ist zu einem wesentlichen Teil aus der praktischen Kritik an der Sozialdemokratie, konkret an der Agenda 2010 und den Hartz-Gesetzen, entstanden. Dies führte zur Gründung der WASG, neben der PDS eine der beiden Quellparteien der LINKEN.

Lange Zeit war die Kritik an der von der SPD und den Grünen zu verantwortender neoliberaler Sozialpolitik der politische

Heinz Bierbaum ist Präsident der Europäischen Linken und Mitherausgeber von Sozialismus.de.

¹ Cornelia Hildebrandt/Danai Koltsida/Amiekie Bouma (Hrsg.), Left Diversity zwischen Tradition und Zukunft, Hamburg 2021.

Markenkern der LINKEN. Dies reicht heute nicht mehr aus. Sie muss ihre Position links von der Sozialdemokratie neu begründen, zumal sich die Sozialdemokratie verändert hat und zumindest in Teilen von neoliberalen Positionen abgerückt ist. Auch für die linken skandinavischen Parteien ist das Verhältnis zur Sozialdemokratie von zentraler Bedeutung. Die gilt vor allem für die schwedische Linkspartei, die für die Sozialdemokratie viele Jahre unentbehrlicher Koalitionspartner war. Heute ist dies allerdings infrage gestellt. Sie muss ihre Rolle neu bestimmen. In Dänemark und Norwegen konnten sich die linken Parteien mit ihrer Fokussierung auf soziale und vor allem auch auf ökologische Themen nicht nur gegenüber der wieder erstarkten Sozialdemokratie, sondern auch im Verhältnis zu den Grünen deutlich behaupten.

Die Regierungsbeteiligung stellt eine weitere zentrale strategische Frage für die Linke in Europa dar. Sie wird sehr kontrovers diskutiert. So lehnen die einen jede Regierungsbeteiligung strikt ab, weil sie der Linken nur schade. Verwiesen wird dabei gern auf das Debakel von Rifondazione Comunista in der Regierung Prodi in Italien. Dies ist jedoch zu kurz gegriffen. Die Dinge sind komplizierter. Auch die negativen Erfahrungen mit der von Syriza geführten Regierung in Griechenland, die wegen des Drucks der EU nicht an die sie gestellten Erwartungen erfüllen konnte, spielen eine Rolle. Andere wiederum sind unbedingt für eine Regierungsbeteiligung, weil nur so linke Programmatik umgesetzt werden könne. Mehrheitlich jedoch wird eine Regierungsbeteiligung an für die Linke vorteilhafte Bedingungen, wie z.B. soziale Verbesserungen oder aber generell Abkehr von der neoliberalen Politik geknüpft. Dabei gibt es durchaus positive Erfahrungen. Dazu zählt die Unterstützung der sozialistischen Minderheitsregierung durch die beiden linken Parteien Bloco und KP in Portugal. Inzwischen ist dieses Modell jedoch gescheitert. In den jüngsten Wahlen hat die Sozialdemokratie die absolute Mehrheit erreicht, was vor allem auf Kosten des Bloco ging. Dabei spielte die eigentlich kaum realistische, aber heraufbeschworene Gefahr einer ansonsten rechten Regierungsübernahme eine wesentliche Rolle.

Auch in Spanien nimmt die Linke für sich in Anspruch, in der Regierung soziale Verbesserungen durchgesetzt zu haben. Frei-

lich wird an der Regierung vor allem deshalb festgehalten, weil sonst angesichts der Mehrheitsverhältnisse die Rechte und dabei die extreme Rechte die Regierung übernehmen würde. Auch die Beteiligung von Left Alliance an der Regierung in Finnland wird mit sozialen Fortschritten legitimiert. Die Linke ist in jedem Fall bei der Regierungsbeteiligung mit dem Problem konfrontiert, dass sie als Minderheitspartner nur Teile und oft nur sehr wenige Teile ihrer Programmatik zu realisieren vermag. Zentrale Voraussetzung für eine realistische Regierungsbeteiligung ist, dass ein gemeinsames politisches Projekt vorhanden ist. Dies zeigte sich beispielsweise beim Versuch der LINKEN, bei den Bundestagswahlen auf eine Koalition mit SPD und Grünen zu orientieren. Dieser Versuch ging nicht nur ins Leere, weil SPD und Grüne unter dem Vorwand unüberbrückbarer außenpolitischer Differenzen eine solche Beteiligung ablehnten, sondern auch, weil kein gemeinsames politisches Projekt vorhanden war.

Perspektiven

Trotz aller Heterogenität sind wesentliche Gemeinsamkeiten bei den Parteien der europäischen Linken festzustellen. Dies gilt inzwischen auch für die lang umstrittene Europafrage. Der fundamentale Gegensatz zwischen denjenigen, die einen Austritt aus der Europäischen Union oder einen Plan B fordern, weil sie die EU für nicht reformierbar halten, und denjenigen, die gar, wie Teile der deutschen Linken, eine »Republik Europa« fordern, hat sich stark eingedämmt. Zwar bestehen weiterhin Unterschiede im Hinblick auf die EU, doch hat sich die strikte Ablehnung der EU abgemildert. Dazu haben sicherlich auch die Erfahrungen mit dem Brexit beigetragen. Konsens ist jedenfalls, dass die EU Feld der politischen Auseinandersetzung ist, und dass europäische Politik grundsätzlich verändert werden muss. Allen ist gemeinsam, dass es einer Abkehr von der in Europa vorherrschenden neoliberalen Austeritätspolitik bedarf. Auch besteht in hohem Maße Übereinstimmung darin, dass das angestrebte soziale, ökologische, demokratische und friedvolle Europa auf der Grundlage der Verträge von Maastricht und Lissabon nicht zu verwirklichen ist.

VSA: Die Linke in Europa

Im Buchhandel oder direkt bei:
VSA: Verlag, St. Georgs Kirchhof 6,
20099 Hamburg, info@vsa-verlag.de
www.vsa-verlag.de



Cornelia Hildebrandt/Danai Koltsida/
Amieke Bouma (Hrsg.)
**Left Diversity zwischen
Tradition und Zukunft**
Linke Parteienprojekte in Europa und
ihre Potenziale | Eine Veröffentlichung
der Rosa-Luxemburg-Stiftung
400 Seiten | 2021 | EUR 19.80
ISBN 978-3-96488-079-6

Die europäische Linke kämpft gegen Sozialabbau, die Zerstörung von Demokratie und Umwelt und für eine solidarische Gesellschaft. Sie befindet sich dennoch in der Defensive. Wo liegt das Problem?

Angesichts der Tatsache, dass die Pandemie nach wie vor unsere Arbeits- und Lebensbedingungen bestimmt, ist klar, dass die Bekämpfung der Pandemie ein zentrales Aktionsfeld gerade auch der europäischen Linken darstellt. Besonders hervorzuheben ist die Kampagne »No Profit on Pandemic« bzw. die Europäische Bürgerinitiative »Right2Cure« für einen freien allgemeinen und kostenlosen Zugang zu den Impfstoffen. In diesem Zusammenhang sind auch zahlreiche internationale Initiativen entstanden, Impfstoff zu einem allgemeinen öffentlichen Gut zu machen und es nicht »Big Pharma« zu überlassen, sowie das Gesundheitswesen öffentlich zu organisieren und zu verbessern. In der Pandemie selbst sieht die Linke eine Zuspitzung einer ohnehin systemischen ökonomischen, sozialen und politischen Krise. Die Pandemie offenbart für sie das Versagen neoliberaler Politik. Dies zeigt sich nicht zuletzt auch darin, dass die Europäische Kommission und die Regierungen sich gezwungen sahen, zentrale Elemente neoliberaler Austeritätspolitik wie den Wachstums- und Stabilitätspakt zu suspendieren, und mit dem Recovery Fund eine gewisse Abkehr von der bisherigen Finanzpolitik zu vollziehen. Somit ist die Pandemie zugleich Anlass, eine andere Politik zu fordern.

Im Zentrum einer sowohl zur neoliberalen Politik als auch zum Nationalismus und Rassismus der Rechten alternativen Politik steht die Forderung einer sozial-ökologischen Transformation oder einem »Green New Deal«. Damit verbunden ist eine grundlegende Abkehr von der neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Angesichts der von allen politischen Kräften mit Ausnahme der extremen Rechten anerkannten ökologischen Herausforderungen, wie sie besonders im Klimawandel zum Ausdruck kommen, propagieren praktisch alle eine Ökologisierung wirtschaftlicher Tätigkeit. So hat die Europäische Kommission einen »European Green Deal« lanciert. Ziel ist es, die Europäische Union bis zum Jahr 2050 klimaneutral zu machen. Wesentliche Elemente sind Investitionen in umweltfreundliche Technologien, die Dekarbonisierung der Energie, die energetische Sanierung von Gebäuden, sauberer und gesünderer privater und öffentlicher Transport. Die EU sollte sich insgesamt in Richtung einer grünen Wirtschaft bewegen.

Die Linke im Europaparlament hat einen weiterreichenden, konkreten Vorschlag mit dem Titel »Towards a Green & Social New Deal for Europe« vorgelegt. Ausgangspunkt ist das Pariser Abkommen, wonach die Klimaerwärmung 1,5 Grad nicht überschreiten darf. Gefordert werden eine Wende in der Energiepolitik mit dem Ausbau erneuerbarer Energien, eine umweltgerechte Agrarpolitik, eine massive Reduzierung der Emissionen und insgesamt eine auf Nachhaltigkeit angelegte Industrie- und Wirtschaftspolitik. Dabei geht es vor allem auch um den Schutz der Arbeiter und Angestellten und um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen.

Das wohl am weitesten entwickelte Konzept für einen »Green New Deal« hat die Labour Party vorgelegt. In dem Labour Party Manifesto 2019 wird eine grüne industrielle Revolution gefordert, mittels derer eine Million Arbeitsplätze im Vereinigten Königreich geschaffen werden sollen. Die Industrie, der Energie- und Transportsektor, die Landwirtschaft und auch die Bauindustrie sollen so umgestaltet werden, dass die Produktion in Einklang mit der Natur geschieht. Bis 2030 sollen Emissionen erheblich reduziert werden. Die Wirtschaft soll so gestaltet werden, dass sie den Interessen der Vielen, nicht der Wenigen dient. In dem Konzept werden nicht nur Investitionen für eine ökologische Transformation gefordert, sondern es wird auch die Eigentumsfrage gestellt. Profit soll nicht die zentrale Steuerungsgröße sein, sondern die Bedürfnisse der Bevölkerung und die Erhaltung des Planeten.

Für die Linke ist die Verbindung von ökologischen und sozialen Erfordernissen von zentraler Bedeutung. Zweifellos ist eine »grüne Revolution« der Industrie, wie dies im Labour Manifesto genannt wird, notwendig. Doch gleichermaßen müssen auch die von diesen Veränderungen betroffenen Beschäftigten geschützt werden. »Just Transition«, wie von gewerkschaftlicher Seite gefordert, ist ein Konzept, das ökologische Transformation mit sozialer Absicherung verbindet. Es geht um einen gerechten Übergang mit der Zielsetzung, dass eine grüne Wirtschaft in der Lage ist, für Arbeitsplätze zu anständigen Bedingungen zu sorgen. Ein linkes Konzept eines »Green New Deal« muss mit einer Ausweitung der Rechte der Beschäftigten einhergehen.

The image shows the cover of the journal 'Blätter für deutsche und internationale Politik'. The main headline is 'Über jede Grenze?' in large white letters on a dark background. Below the headline, there is a list of articles and their authors. The cover also includes the journal's title, issue information (Issue 11, April 2022), and a small logo at the bottom.

Über jede Grenze?

Putins Krieg: Roland Bathon
 Mykola Borovyk
 Vittorio Höfle
 Albrecht von Lucke
 Tom McTague
 Liudmila Nossowa
 Wolfgang Zellner
 Tatiana Zhurzhenko

Toxische Nostalgie: Putin, Trump und der brennende Planet
 Noemi Klein
 Klimaschutz für den Frieden
 Jürgen Scheffran
 US-Republikaner: Falken im Blindflug
 Thomas Greven
 Feuertaufe für Global Britain
 Annette Dittert
 Putins Feldzug, Macrons Mission
 Steffen Vogel
 WarFok: Krieg in den sozialen Medien
 Daniel Leisegang

Blätter für deutsche und internationale Politik
 Issue 11, April 2022
 4'22

Putins Krieg gegen die Ukraine – in den neuen »Blättern« | blaetter.de

Die verschiedenen Konzepte der Bekämpfung des Klimawandels und des »Green New Deal« unterscheiden sich vor allem im Hinblick auf die Reichweite der Interventionen. Während die Europäische Kommission und auch die gegenwärtige deutsche Regierung auf marktwirtschaftliche Politik und damit auf private Initiativen setzen, hält die Linke starke öffentliche Eingriffe verbunden mit umfangreichen öffentlichen Investitionsprogrammen für notwendig. Insgesamt wird davon ausgegangen, dass eine profitgesteuerte Wirtschaft den notwendigen Transformationsprozess nicht zu leisten vermag. Daher stellt sie auch die Eigentumsfrage und fordert eine Ausrichtung der Wirtschaft am Gemeinwohl.

Kennzeichnend für linke Konzeptionen ist weiter die soziale Absicherung und auch der direkte Einbezug der abhängig Beschäftigten. Nicht nur die Rechte der Beschäftigten in diesem Transformationsprozess müssen gestärkt werden, sondern sie müssen auch direkt in diesen Prozess einbezogen werden. Die direkte Beteiligung der Beschäftigten ist für ein linkes Konzept eines New Green Deal unerlässlich. Aus linker Sicht ist daher die Verbindung des New Green Deal mit Wirtschaftsdemokratie von zentraler Bedeutung. Insgesamt vertritt die Linke in Europa die Auffassung, dass die sozial-ökologische Transformation sich nicht auf eine ökologische Modernisierung des Kapitalismus beschränken kann, sondern diese über die Grenzen einer kapitalistischen Entwicklung hinausgehen muss, also einen Systemwechsel beinhaltet.

Ein weiteres zentrales Thema ist das Engagement für Frieden und Abrüstung. Durch die völkerrechtswidrige russische Invasion in der Ukraine hat dies eine unerwartet hohe Aktualität erlangt. Die Linke in ganz Europa verurteilt die russische Invasion scharf und fordert eine Beendigung des Krieges. Dabei lehnt sie mehrheitlich Waffenlieferungen ab. Sie tritt Bestrebungen zu einer Militarisierung Europas entgegen und kritisiert die um sich greifende Aufrüstung, die insbesondere mit dem Beschluss der deutschen Bundesregierung eines 100-Milliarden-Programms ein außerordentlich hohes Ausmaß erreicht hat.

Forderungen der Linken, die Pandemie zum Anlass zu nehmen, um die Rüstungsausgaben zugunsten des Gesundheitswesens und sozialer Bedürfnisse drastisch zu reduzieren, sind in den Hintergrund gerückt. Seitens der Linken in Europa wurde und wird die Politik der NATO als aggressiv gebrandmarkt und insbesondere ihre Erweiterung nach Osten kritisiert. Die Forderung nach einem neuen kollektiven Sicherheitssystem unter Einschluss Russlands wird angesichts Putins Politik inzwischen allerdings zum Teil infrage gestellt. Hier rächt sich, dass die Linke zwar immer wieder eine andere Sicherheitsarchitektur für Europa gefordert hat, diese Forderung aber nicht wirklich inhaltlich und politisch untersetzt hat. Die Linke ist sich bewusst, dass der Krieg in der Ukraine in die übergreifenden geopolitischen Auseinandersetzungen eingeordnet werden muss, wobei insbesondere der Kampf um die Hegemonie zwischen den USA und China eine zentrale Rolle spielt.

Die Rolle der Europäischen Linken

Die 2004 gegründete Partei der Europäischen Linken (EL) dient der Koordination der linken Parteien auf europäischer Ebene. Sie umfasst inzwischen 26 Mitglieds- und 10 Beobachterparteien. Hinzu kommen sechs Partnerparteien bzw. -organisationen. Gleichzeitig aber agiert sie auch eigenständig und repräsentiert die Linke auf der europäischen Ebene. Sie hat eine Reihe von politischen Dokumenten veröffentlicht, aus der ihr politisches Profil hervorgeht. Zu nennen in diesem Zusammenhang ist zum einen die Stellungnahme zur Corona-Krise und ihre Folgen für die europäische Politik,² zum anderen die Positionsbestimmung im Rahmen der Diskussion um die Zukunft Europas,³ in der die EL ihre politischen Schwerpunkte, wie sie zuvor beschrieben worden sind, dargestellt hat. Im Mittelpunkt stehen dabei Fragen der sozial-ökologischen Transformation, weshalb die EL sich auch beim COP 26 engagierte und dieses Engagement mit anderen progressiven Kräften und Gewerkschaften fortsetzen wird.

Die EL ist wenig bekannt. Mit der Schärfung ihres politischen Profils versucht sie, sichtbarer zu werden. Auch hat sie ihre Kommunikation durch regelmäßige Berichterstattungen und der Herausgabe der Zeitschrift »Questioni« – ein Name, der auf Gramsci zurückgeht – verbessert. Was ihr aber fehlt, das sind europaweite Kampagnen. Ansatzweise ist dies nur in Zusammenhang mit den Impfstoffen gelungen. Gegenwärtig stehen in Verbindung mit der linken Fraktion im Europaparlament Überlegungen zu Kampagnen mit den Themen »Housing« und »Energie« an.

Weiterhin ist die EL bemüht, die Kooperation mit möglichst allen linken Parteien in Europa zu verstärken, auch wenn diese wie z. B. die belgische PTB nicht Mitglied der EL sind. Dazu dient insbesondere das jährliche Europäische Forum, das eine Plattform für den politischen Dialog zwischen linken, progressiven und ökologischen Parteien und Organisationen darstellt. Freilich ist eine wirklich signifikante Ausweitung, die auch in die sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Parteien hineinreicht, noch nicht gelungen. Daran muss weitergearbeitet werden. Deutlich verbessert hat sich die Verbindung zu den europäischen Gewerkschaften. Dabei stehen als Themen soziale Rechte und die industriellen Transformationsprozesse im Vordergrund. Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang auch die Zusammenarbeit mit TUNE (Trade Unionists Network Europe), ein eigenständiges Netzwerk linker Gewerkschafter*innen.

Die EL unterhält darüber hinaus zahlreiche internationale Beziehungen, wobei besonders auf die enge Kooperation mit dem Foro de São Paulo, einem Zusammenschluss lateinamerikanischer linker und progressiver Parteien und Organisationen, hervorzuheben ist. Trotz aller Bemühungen hat die EL noch nicht das Gewicht als Repräsentation der Linken in Europa, das eigentlich notwendig wäre. Dies hängt auch davon ab, inwieweit die jeweils nationalen Parteien Europapolitik und europäische Zusammenarbeit zu ihrem Schwerpunkt machen. Gerade die deutsche Linke hat hier noch Nachholbedarf.

² EL, Protect the People, not the System. The corona crisis and the consequences for European politics, 2021.

³ EL, Conference on the Future of Europe – Considerations from the Left Perspective, 2022.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen

ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo (www.Sozialismus.de). Beides geht auch mit dem beigegefügtten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 75,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).

Ich möchte die Buchprämie Kapital 68er ABC

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 55,- (für Arbeitslose/Studenten).

Ich möchte die Buchprämie Kapital 68er ABC

Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 16,-/Ausland € 25,-).

Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

